## Landeshauptstadt Potsdam

## Mitteilungsvorlage

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

## 06/SVV/0880

Wiedervorlage:

Der Oberbürgermeister

Betreff: öffentlich Sozialpädagogische Projekte zur gewaltpräventiven Arbeit mit Jugendcliquen bezüglich **DS Nr.:** 06/SVV/0625 Erstellungsdatum 25.10.2006 Eingang 902: Einreicher: FB Jugendamt Beratungsfolge: Datum der Sitzung Gremium 01.11.2006 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam Inhalt der Mitteilung: Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis: Der Beschluss 06/SVV/0625, welcher den Oberbürgermeister mit der Einstellung einer Konzeption für ein "spezielles zusätzliches sozialpädagogisches Angebot zur gewaltpräventiven Arbeit mit Jugendcliquen" beauftragte, geht davon aus, dass die Landeshauptstadt Potsdam ein entsprechendes Angebot benötigt. Bedarfslage und Notwendigkeit bedürfen einer genauen fachlichen Analyse. Gewaltvorbeugung ist ein regelmäßig zu bearbeitendes Thema des Fachbereiches Jugendamt und seiner Träger und Einrichtungen. Die Mitwirkung bei und Organisation von verschiedensten Projekten, Aktionen, Fortbildungen und Veranstaltungen ist hier durchgängiges Arbeitsprinzip. Der Prozess der Erstellung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie, gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit der Landeshauptstadt Potsdam 2001 wurde vom Fachbereich Jugendamt initiiert, eng begleitet und seine Umsetzung wird nach wie vor intensiv gefördert. Im Auftrag von Jugendhilfeausschuss und Verwaltung hält der Träger Diakonisches Werk Potsdam das Angebot Straßensozialarbeit (Streetwork) vor. Dieses Angebot kann für Brandenburg als beispielhaft beschrieben werden und wirkt insbesondere durch niederschwellige Jugendsozialarbeit mit Cliquen im öffentlichen Raum. Beratungsergebnis Zur Kenntnis genommen: Gremium: Sitzung am: überwiesen in den Ausschuss: zurückgestellt zurückgezogen

Büro der Stadtverordnetenversammlung

Finanzielle Auswirkungen?	☐ Ja		Nein	
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)				
			ggf. Fo	olgeblätter beifügen
Oberbürgermeister	Geschäfts	bereich 1	G	eschäftsbereich 2
	6 1 ""			
	Geschäfts	bereich 3	G	eschäftsbereich 4

Für ein weiteres danebenstehendes Projekt sehen die Verwaltung und andere Fachleute zur Zeit keinen zwingenden Bedarf. Sollte die aktuell intensiv geführte Fachdiskussion in Potsdam einen zusätzlichen sozialarbeiterischen Bedarf aufzeigen, welcher von anderen Fachleuten nicht zu decken ist, plädiert die Verwaltung in erster Linie für den Ausbau von Streetwork als erfolgreiches sozialpädagogisches Angebot. In den letzten Jahren hat sich die Erweiterung des Streetworkerteams auch auf die Menge von zu erreichenden Cliquen junger Menschen ausgewirkt. Vor allem der neue Mitarbeiter mit migrantischem Hintergrund bekam Zugang zu jungen zugewanderten jungen Menschen, zu denen bis dahin kaum jemand Kontakt hatte. Diese Stelle wird aus Drittmitteln nur befristet finanziert.

## Maßnahmen:

- 1. Derzeit erstellt die Verwaltung auf der Grundlage vorhandener Listen, Broschüren und Manuskripte eine Übersicht über (möglichst) alle gewaltpräventiven Projekte/ Kurse/ Workshops und Angebote. Dabei geht es von einfachen Workshops, die Teamkompetenzen herausbilden, über Toleranztrainings und interkultureller Bildung bis hin zur Mediation und Ausbildung von Konfliktschlichtern/ Schülermediatoren. Die Veröffentlichung im Internet bis Anfang Dezember 2006 soll dazu beitragen, dass die Angebotspalette regelmäßig aktualisiert werden kann und jederzeit für verschiedenste Adressaten abrufbar ist. Das umfassende und übergreifende Angebot ist bis jetzt relativ unbekannt, fachübergreifend nicht zufriedenstellend transparent und auch seitens der Zielgruppen noch nicht ausreichend genutzt.
- 2. Abgesehen von diesem Informationstransfer fanden zur Thematik "Jugendgewalt/ -kriminalität" mehrere Arbeitsgespräche des Fachbereiches Jugendamt mit weiteren MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung, des Polizeipräsidiums sowie VertreterInnen von Jugendhilfeträgern und Politik statt, in denen die aktuelle Situation in Potsdam aus fachlicher Sicht diskutiert wurde. Auf der Grundlage der Polizeistatistiken wurde festgestellt, dass keine quantitative Zunahme nachweisbar ist aber eine qualitative Veränderung hinsichtlich der Jugendgewalt von verschiedenen Seiten zu beobachten ist.
- 3. Diese Entwicklung sowie weitere Erfahrungen und Wahrnehmungen werden in einem größeren Gremium in Form einer Fachtagung in Potsdam im Januar 2007 nochmals zur Diskussion gestellt. Die Fachtagung ist in Vorbereitung.

Sowohl stadtübergreifende Entwicklungen sollen dabei beleuchtet werden, spezifische Ursachen analysiert und Wege, Möglichkeiten und Methoden der Bearbeitung diskutiert werden bis hin zu Konzepten einer wirksamen langfristigen und umfassenden Primärprävention. Frühzeitige Intervention, Gewaltprävention in Familie und Schule müssen ebenso berücksichtigt werden wie die Arbeit mit Cliquen im öffentlichen Raum. Vorhandene Erfahrungen und Kompetenzen sind zu nutzen und zu vernetzen, mögliche Ressourcen freizusetzen und alle pädagogisch Tätigen in den Prozess einzubeziehen, um den Focus verstärkt auf das Thema Gewaltvorbeugung zu lenken.

Sollten sich auf der Fachtagung Bedarfe herauskristallisieren, die einer dringenden sozialpädagogischen Bearbeitung bedürfen und aktuell nicht in der Stadt gedeckt werden können, sind neue Methoden sowie Umsetzungsvarianten zu finden. Eventuelle zusätzliche Maßnahmen müssen sich im Rahmen des Budgets des Jugendamtes bewegen.